

Bezugspreis:

Bezugspreis: 25.50 M. monatlich 8.50 M. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kontinentalzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Wittwoch, den 12. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Keine Verlegung von Spa.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist von einer Verlegung der Konferenz von Spa auf einen späteren Termin im Auswärtigen Amt nichts bekannt.

Russische Gegenoffensive?

Die Eroberung von Kiew durch die polnische Armee wird nunmehr auch von russischer Seite bestritten.

Der türkische Friedensvertrag.

Paris, 11. Mai. Der türkische Friedensvertrag ist heute nachmittag den türkischen Delegierten am Quai d'Orsay überreicht worden.

Deutschnationale und Kapp-Putsch.

Die Deutschnationalen wollen bekanntlich mit dem Kapp-Putsch nicht das mindeste zu tun gehabt haben.

Sowohl seitens des deutschnationalen Abgeordneten Schwabe wie auch des deutschnationalen Abgeordneten Fried ist in letzter Zeit mehrfach in der Öffentlichkeit, auch von der Landtagstribüne aus, betont worden, daß keine maßgebende Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei in Mecklenburg-Strelitz am Kapp-Putsch beteiligt gewesen sei.

wie ferner die Anerkennung des französischen Protektorats über Marokko und Tunis. Außerdem muß die Türkei darauf verzichten, irgendeinen Einfluß auf die Muselmanen in Nordafrika auszuüben.

Der vierte Teil beschäftigt sich mit dem Schutze der Minderheiten in der Türkei sowie mit der Wiedergutmachung für die während des Krieges verursachten Schäden.

Der sechste Teil regelt die Kriegsgefangenenfrage, der siebente die Bestrafung von Kriegsschuldigen. Der achte legt die Finanzregelung fest.

Paris, 11. Mai. Zum Friedensvertrag mit der Türkei schreibt der 'Berliner Bund': Die Schaffung von Einflusssphären für einzelne europäische Mächte wird de facto einer Annexion gleichkommen.

Millerand und die C. G. T.

Paris, 11. Mai. Ministerpräsident Millerand hat nach der heutigen Sitzung des Ministerrats den Vertretern der Presse über das eingeleitete Strafverfahren gegen den Allgemeinen Arbeitsverband Erklärungen abgegeben.

Paris, 11. Mai. Gavas meldet aus Dänkeberg: Der Streik der Hafenarbeiter und der Seelente ist allgemein. 70 Prozent der Retallarbeiter und 60 Prozent der Bauarbeiter streiken.

daß die drei Genannten am 14. März im Kraftwagen nach Neubrandenburg zurückgekehrt sind und dort die Aufrufe der Kapp-Regierung, die sie aus Berlin mitgebracht hatten, an die Bevölkerung verteilen ließen.

Die Herren Schwabe und Fried sind schließlich nur keine deutschnationale Männer, denn sie behaupten nur, daß die Deutschnationalen am Putsch nicht beteiligt gewesen sind.

Unsere Kandidaten.

Wie wir aus Görlitz erfahren, sind von der Sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Niederschlesien (Görlitz) folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Paul Tauschel, Redakteur in Görlitz; 2. Emil Girbig, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes; 3. Frau Adele Schreiber in Charlottenburg; 4. Karl Schwamm, Landwirt; 5. Georg Poppe, Kantor und Lehrer; 6. Max Niederlich, Angestellter des Transportarbeiterverbandes; 7. Gustav Bräse, Witwenmeister; 8. Hannes Ober aus Pöhlitz; 9. Paul Schwabe, Maurer in Löwenberg; 10. Karl Wustmann, Gewerkschaftsbeamter in Weiskow.

Nationalbolschewismus.

Auf dem Parteitage in Weimar machten die Mitteilungen Koskes, daß Emil Barth, der 'Macher der Revolution', — wie er sich selbst in angeborener Bescheidenheit nennt — mit Hauptmann Pabst und General v. Döen Verhandlungen geführt habe, um zu sondieren, wie die Garde-Kavallerie-Schützen-Division sich bei einer Machtübernahme durch die U. S. B. verhalten würde.

Bei diesem ersten Versuche, das konterrevolutionäre Militär für 'revolutionäre' Zwecke zu gewinnen, ist es nicht geblieben. In ein bestimmtes System haben Laufenberg und Wollfheim diese Taktik gebracht, und sie haben damit gewisse gar nicht abzulehnende Erfolge erzielt.

In der in Würzburg erscheinenden 'Marienburg', dem Organ der bayerischen konterrevolutionären Offiziere, in Zeitungen der Baltikumer, in einzelnen Flugblättern und Werbeproschüren konnte man Bemerkungen finden, die zeigten, daß der nationalbolschewistische Gedanke in jenen Kreisen stark diskutiert wurde.

Der Kapp-Putsch hat unseren Militaristen vor allem eines eingebläut: gegen die Arbeiterschaft kann man nicht regieren. Daher auf einmal die Sehnsucht nach einer Verständigung und das Verlangen, eine Gefolgschaft in der Arbeiterschaft zu sichern.

Auffallend könnte sein, daß man eine Verständigung gerade mit den Kreisen der Arbeiterschaft sucht, denen man bisher als Todfeind gegenüberstand, die mit Blei und Schwefel auszurotten, als ein verdienstliches Werk angesehen wurde.

Es wäre falsch, aus dieser Geistesgemeinschaft allein die von beiden Teilen angestrebte Kampfgemeinschaft gegen die demokratische Republik erklären zu wollen. Die Militaristen wenden zur Erklärung ihrer Stellungnahme für den Bolschewismus die Formel an: Krieg gegen die Entente!

Solche Gedankengänge sind durchaus verständlich, wenn man alle, die ihre Existenz als Soldaten durch den Frieden von Versailles verloren haben, als das betrachtet, was sie sind: Menschen, die um den Wiederaufbau ihrer Existenz, um die Wiederherstellung ihrer alten glanzvollen Stellung und ihrer Vorherrschaft ringen.

Unverschämte Schwerindustrielle.

Den Arbeitgebern schwillt der Kamm. Nachdem durch das entschlossene Verhalten der Arbeiterschaft der Kapp-Putsch zu Boden geschlagen wurde, wollte bekanntlich keiner der Schuldigen gewesen sein. Bei Wut der Schwerindustriellen über das Mißlingen des Putsches kommt deutlich in einem Telegramm zum Ausdruck, das der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf an den Reichsfängler gerichtet hat. Es lautet:

„Daut Meldung demokratischer Parteikorrespondenz besteht regierungsfreudig Absicht, durch Verordnung Arbeitgeber zur Bezahlung der Kapp-Streitfrage zu verpflichten. Da Regierung mittelbar zum Generalkrieg aufgefordert, mindestens durch zweibeutige Haltung allgemein Glauben erweckt, daß Generalkrieg von Regierung veranlaßt, fordern wir Ersatz der Kosten, soweit sie infolge Erpressung vom Arbeitgeber übernommen werden mußten, durch das Reich. Erheben allerhöchsten Einspruch gegen Absicht der Regierung auf Einführung eines Streikbezahlpflichtgesetzes, der Sanktionierung von Gewalttaten jeder Art, sowie des völligen Ruin unseres Wirtschaftslebens einleiten hürde.“

Eine größere Unverschämtheit dürfte selbst seitens der Schwerindustrie, von der man doch allerdings gewöhnt ist, wohl kaum begangen sein. Nicht nur, daß diese Scharfmacher sich gegen eine Bezahlung der Streitfrage sträuben, fordern sie auch noch vom Reich einen Ersatz für die Unkosten, die ihnen durch den Gewaltstreik ihrer militärischen und politischen Freunde entstanden sind. Den Generalkrieg als einen Gewaltakt zu bezeichnen, charakterisiert deutlich die wahre Gesinnung der Leute, die den Herren Kapp und Lüttich innerlich als ihren Vertretern zu bezeichnen. Hoffentlich findet Genosse Müller die rechte Antwort auf dieses Telegramm, das ebenso viel Worte wie Frechheiten enthält.

Beleidigungsklage des Reichskabinetts.

Vor der 6. Strafkammer begann am heutigen Mittwochs- mittag die Verhandlung gegen den Hauptschriftleiter der „Kreuzzeitung“, Hauptmann a. D. Georg Foerisch. Die Verhandlung fand unter der Leitung des Landgerichtsdirektors Baumhach statt. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Gerlach, während der Angeklagte vom Rechtsanwalt Eberling verteidigt wurde.

Am 17. November erschien in der „Kreuzzeitung“ aus der Feder des Angeklagten Foerisch ein Artikel „Die Anderen“, in welchem sich der Verfasser hauptsächlich mit der Forderung des Untersuchungs-ausschusses in den Vernehmungen Hindenburgs und Weismann Hollwegs auseinandersetzt und sich persönlich scharf gegen den Abgeordneten Cohn wandte. U. a. heißt es in dem Artikel wörtlich: „Eine Regierung, eine Partei, die Landesverräter oder Schieber unter sich duldet, hat keinen Anspruch auf eine lokale Beurteilung. Unwillkürlich greift man nach der Melberbüchse, um den Kackarmel zu reinigen, wenn er einmal in unfreiwillige Berührung mit diesen Leuten gekommen ist.“

Wegen dieses Satzes hatte die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, da sich das Kabinett beleidigt fühle.

Nachdem zunächst der in Rede stehende Artikel verlesen worden war, schilderte der Angeklagte, wie er dazu gekommen sei, sich in so scharfer Form über die Regierung zu äußern. Bei dem Worte Schieber dachte ich an Verwaltungen, Messias, Arbeiterräte usw., in deren Mitte sich ja bekanntlich zahlreiche Schieber befinden. Wenn ich deshalb schrieb: Man greift unwillkürlich zur Melberbüchse, wenn man mit solchen Leuten in Berührung kommt, so ist das in jeder Hinsicht auf die Schieber zu beziehen. (1 Die Red.)

Vors.: Wie ist der Artikel zustande gekommen? Haben Sie ihn selbst hingeschrieben? — Angekl.: Ja wohl, ich schreibe immer sehr schnell. Ich habe mir wohl den Sinn überlegt, aber nicht jedes Wort im juristischen Sinne auseinandergeholt.

Staatsanwalt Gerlach führte in seinem Plädoyer aus, daß es das Recht einer Opposition sei, eine Regierung zu kritisieren. Man müsse aber verlangen, daß die persönliche Ehre der Regierungsmitglieder ohne greifbare Unterlage nicht angegriffen werde. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 300 M., im Falle der Freisprechung für je 10 M. einen Tag Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Eberling, wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß politische Prozesse unter dem demokratischen Regime häufiger seien als in anderen Staatswesen. Der Angeklagte habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, seiner Empörung über das Verhalten des Untersuchungsausschusses, mit dem sein Artikel sich beschäftigt, sei außerordentlich erheblich gewesen. Der Verteidiger wies weiter darauf hin, daß man in der Anklage einzelne Sätze aus dem Zusammenhang des Ganzen herausgerissen habe. Wenn der Angeklagte von Regierung spreche, so sei dies nur ein knapper Ausdruck für die gesamten Funktionen der Regierung. Zum Beweis, daß Mitglieder des Kabinetts Hochverrat begangen haben, brauche ich nur die Tatsache anzuführen, daß Herr Scheidemann am 9. November 1918 um 12 Uhr mittags und Herr Ebert um 6 Uhr nachmittags den Inhalt des § 81 voll erfüllt haben. (1 Die Red.)

Ein Beispiel politischer Schieber sei, daß der Unterstaatssekretär Gräß im Reichsarbeitsministerium sich für den Fall, daß er seinen Posten einmal verliere, gleichzeitig den Posten eines Vortragenden Rates habe geben lassen. Der Kultusminister Haenicke habe dem bekannten Salvarsangegner Dr. Dreum Geld angeleihen, wenn er seine Taktik dem bekannten Heilmittel gegenüber ändere. Rechtsanwalt Eberling kommt dann auf die Steuerangelegenheit Erbergers zu sprechen. Zum Thema „Landesverrat“ erklärt der Verteidiger, daß dieser Vorwurf dem Abgeordneten Cohn, Mitglied des Untersuchungsausschusses und damit der Regierung nemoch würde.

Zum Schluß seines Plädoyers kam der Verteidiger zur Ansicht, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugesprochen werden müsse. Wenn in der Regierungspresse, wie zum Beispiel im „Vorwärts“, an zwei Tagen hintereinander von dem Kapitän Ehrhardt als von einem Schuft und einem Viech gesprochen werden dürfte, dann müsse man sich anstandslos solcher Tatsachen überhaupt nicht gewöhnen, an die Kritik des öffentlichen Lebens einen anderen Maßstab zu legen als bisher. Dr. Gerlach beantragte die Freisprechung des Angeklagten oder, falls das Gericht sich dieser Auffassung nicht anschließen wolle, die Verurteilung der Verhandlung zur Durchführung des Beweises für die in dem fraglichen Artikel aufgestellten Behauptungen.

Darauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Des Urteil.

Nach mehr als halbstündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Baumhach folgenden Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung des Reichskabinetts zu 300 Mark Geldstrafe, im Falle der Freisprechung für je 10 Mark ein Tag Gefängnis, verurteilt. Ferner werden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt. Dem Reichskabinett wird die Bekämpfung dieses Urteils in der „Neuen Vrenklischen (Kreuz-) Zeitung“ sowie im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Der Artikel „Die Anderen“ in Nr. 557 der „Kreuzzeitung“ des vorigen Jahres, sowie die zu seiner Herstellung benutzten Platten werden vernichtet.

In der Begründung heißt es: Der Wahrheitsbeweis kommt hier nicht in Frage, soweit es sich um die Handlungen nachgeordneter Organe oder Mitglieder der Preussischen Staatsregie-

rung handelt. Eine Wahrung berechtigter Interessen konnte beim Angeklagten nicht angenommen werden. Der Mißstand geistig, muß sich so vorsichtig ausdrücken, daß er sich nicht in der Form begreift. Das Gericht ist bei der Strafzumessung von der Erwägung ausgegangen, daß der Angeklagte kein sehr alter Journalist ist und daß heute bebauerlicher Weise in den Parteikämpfen eine gewisse Sittenverrohung (1 Die Red.) eingerissen ist.

2. Bundestag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Würzburg, 11. Mai 1920.

Der 2. Bundestag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, der von über 600 Delegierten besetzt ist, wurde heute in Würzburg durch den Geschäftsführer des Bundes Hermann Stüttgen eröffnet. Ministerialrat Dr. Kerschensteiner legte als Vertreter des Reichsministeriums dar, daß es

keine Kriegsbeschädigtenfürsorge ohne wirtschaftlichen Wiederaufbau gäbe und diesen nicht ohne die Durchführung der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Regierungsrat Geiger, München begrüßte die Erschienenen im Namen der bayerischen Regierung. Zahlreiche Verbände, auch aus dem Auslande, ließen durch ihre Vertreter der Versammlung den besten Erfolg wünschen. Tiedt, Berlin vom Internationalen Bund, Lehnhoff, Berlin für den Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Abg. Brandenburg, R. d. L., für die Sozialdemokratische Partei, Dr. Leichter für die Deutschen Nationalen, Abg. Weich, Nürnberg für die Demokraten traten in ihren Ansprachen lebhaft für die Kriegsbeschädigten ein.

Bei der Wahl des Bureau wurde Hermann Stüttgen als 1. Vorsitzender gewählt. Ein Vertreter des Romellenandes brachte eine Entschließung ein, nach der die geistige Verbindung zwischen den Romeländern und den Reichsdeutschen trotz der gewaltsamen Auflösung aufrechterhalten bleiben werde. Zur Tagesordnung wurde ein Antrag auf dringliche Berufung des früheren Reichsarbeitsministeriums Dr. Voß, Berlin zu einem Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsamt über das Reichsversorgungsgesetz eingebracht.

Wähler und Wählerinnen!

Nur noch wenige Tage liegen die Wählerlisten auf. Wer nicht in ihnen verzeichnet ist, darf nicht wählen. Überzeugt Euch daher sofort, und möglichst persönlich, ob Ihr mit richtigem Namen, genauer Adresse, Geburtstag und Geburtsjahr in den Listen steht. Es empfiehlt sich, eine behördliche Legitimation mitzunehmen, um eventuell sofort an Ort und Stelle die Nachtragung zu veranlassen, denn nur wer in der Liste steht, darf wählen. Darum:

**Seht die Wählerlisten ein!
Sichert Euch Euer heiligstes Recht!**

Hermann Stüttgen erstattete dann den Tätigkeitsbericht. Er stellte mit, daß der Reichsbund bei seiner ersten Reichstagssitzung 1918 rund 800 Ortsgruppen mit 25000 Mitgliedern gehabt habe. Gegenwärtig zählt der Bund über 700 000 Mitglieder. Die Organisationsarbeit gestaltete sich schwierig wegen der umfangreichen Fürsorgetätigkeit der Betroffenen. Die Tätigkeit des kommunikativen Internationalen Bundes, der dessen Gründung der Bund 125 000 Mitglieder umfaßt, hat das rasche Anwachsen nicht gemindert. Der Bund ist ein Kind der neuen Zeit. Er trägt das Muttermal des Krieges, der als revolutionärer Faktor von weltgeschichtlicher Bedeutung gewirkt hat und ist also

kein Kriegsveteran.

Er rückt aus dem Boden der Freiheit und der Selbstbestimmung. Groß geworden ist der Bund aber durch den Geist politischer und konfessioneller Toleranz. Dieser ist es auch ein Kriegsschaden, daß keine Bevölkerungsgruppe so leicht zu vertriebenem Radikalismus verleitet werden kann wie der vertriebene, von schweren körperlichen und seelischen Leiden heimgekehrte Kriegsbeschädigte. Man möge sich jedoch nicht zum Sturmhauch in politischen Kämpfen lassen. (Stürm. Beifall.) Gemeinsam ist den Kriegsbeschädigten der Absicht vor kriegerischen Auseinandersetzungen jeder Art, auch unter den eigenen Volksgenossen. Der Weg zur internationalen Verständigung der Kriegsdopfer wird und muß gefunden werden, ohne Schädigung der eigenen Interessen. (Lebh. Beifall.) Mögen die ausländischen Kriegsteilnehmer vor allem dahin wirken, daß

die Lasten des Verfaller Vertrages

getilgt werden, damit wir besser für unsere Kriegsbeschädigten sorgen können. (Stürm. langanhaltender Beifall.)

Der allgemeine Geschäftsbericht, der Kassenbericht und der redaktionelle Bericht, letzterer erstattet durch Präsident Berlin, ließen erkennen, daß die Organisation mit der stürmischen Entwicklung des Bundes nicht immer Schritt zu halten vermog. Die Aussprache über den Bericht wird am Mittwoch erfolgen.

Christus und der Kultusminister. Zu diesem von und vor einigen Tagen gedruckten Artikel teilte uns Herr Strahlerdorf, der sich übrigens noch immer stolz als „Hofkalligraph Sr. Maj. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern“ bezeichnet, mit, daß der Schlußsatz von einer Lehrerin eigenmächtig und ohne Wissen der Anstaltsleitung wie des Anstaltsauschusses den Schülern diktiert wurde.

Groß-Berlin

Erleichtert den Kirchenaustritt.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie ungeheuer schwer dem Publikum der Austritt aus der Landeskirche gemacht wird. Immer wieder gehen uns Beschwerden zu, die darüber klagten, daß man immer noch Hundelungen an Gerichtsstelle warten und dann schließlich unrichtiger Sache wieder umkehren muß. Einige Arbeitsstunden und der Verdienst sind verloren, aber immer noch ist der Austritt nicht vollzogen. Wie oft passiert es, daß Leute zwei- und gar dreimal kommen und nichts erreichen. Mancher verzweifelt wegen dieser Unbequemlichkeiten auf den Austritt, und die Stadtsynode laßt sich ins Häufchen, hat sie doch einen „Mißbrauch“ und dessen Steuern für sich gerettet.

Zur Erleichterung des Kirchenaustritts macht uns ein Befehl folgenden beachtenswerten Vorschlag:

„Der Kultusminister kann und muß hierin eine Erleichterung schaffen, und zwar so, daß der Austritt aus der Kirche auf schriftlichem Wege ermöglicht wird. Es kann z. B. so gehandhabt werden, wie bei Personen, die Anwärter der Weidenerbrennung sind. Hier gibt man die Unterschrift für seine letztwillige Verfügung in Gegenwart einer zur Führung eines amtlichen Siegel besetzten Person ab, und in gleicher Weise muß jeder seinen Kirchenaustritt vollziehen können. Es ist allerdings weniger bürokratisch, aber desto mehr der Zeit entsprechend. Außerdem wäre der Vermögensnachweis in dieser mit wichtigen Bewegung schneller befristet, und es werden viel mehr Leute, die schon längst mit der Kirche gedrochen haben, den Mut finden, ihre Kinder zu Dissidenten zu machen.“

Bei dieser Gelegenheit möchten wir der Stadtsynode empfehlen, Leute, die schon seit Jahren aus der Kirche ausgetreten sind, nicht fortgesetzt mit Aufforderungen zur Zahlung von Kirchensteuern zu belästigen.

Politik und Schule.

Die Beteiligung von Schülern an der Kaiserfeier gibt der reaktionären Lehrerschaft Anlaß zu allerhand Schikanen und Gesinnungsschnäffeleien. Einen besonders dreisten Vorstoß in dieser Hinsicht unternimmt das Friedenauer Gymnasium, wo dieser Tage der auf einer Lehrkonferenz gefasste Beschluß ausgeführt wurde, die Eltern zu einer Heuerung darüber zu veranlassen, ob sie mit dem Fernbleiben ihrer Söhne am 1. Mai einverstanden gewesen sind. Direktor und Lehrerschaft dieser Anstalt gaben wiederholt in deutlicher Weise ihr Mißfallen an jenen Schülern kund, die gefehlt hatten und stellten ihr Fernbleiben als Zeichen der Unreife hin. Im Gegensatz hierzu galt es ihnen als Zeichen höchster Reife, als eine Anzahl Schüler sich als Freiwillige am Kapp-Putsch beteiligte. Damals durften die Schüler eine Woche lang ausbleiben, während die vom Kultusminister genehmigte Teilnahme an der Kaiserfeier als Verbrechen angerechnet wird. Wann wird diese, jede Autorität untergebende Disziplinwidrigkeit die gebührende Zurückweisung finden?

Fahrgang für Westpreußen! Die Internationalisierte Kommission hat für das westpreussische Abstimmungsgebiet den Wahlgang eingeführt. In jeder Gemeinde und Kreis ist ein Wahlbüro eingerichtet. Das Büro muß für jede Ein- und Ausreise erstellt werden, nur für Personen, welche innerhalb von 10 Kilometern von der Grenze wohnen, kann ein Büro auf die Dauer von drei Monaten ausgestellt werden. Ein Schutzwort ist nicht erforderlich für Personen, welche lediglich durch das Abstimmungsgebiet auf der Strecke Dirschau—Marienburg—Elbing oder auf der Strecke Graudenz—Gomel—Jessen mit Schiffsreisen durchfahren und den Zug nicht verlassen. Schutzwörter werden ausgestellt von der Internationalisierten Kommission in Marienwerder oder den Kontroll-offizieren bei den Landratsämtern oder bei den italienischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen.

Preter Wanderbund. Donnerstag: Hermsdorf—Köln—Gocher See. Abfahrt Eitelner Vorort 6.20 Uhr. Abreise Marienburg: 7.00 Uhr. Abfahrt Eitelner Vorort 7.50 Uhr. Sonntag: Königsberg—Königsberg—Königsberg. Abfahrt Eitelner Vorort 6.20 Uhr. Sonntag: Königsberg—Königsberg—Königsberg. Abfahrt Eitelner Vorort 6.20 Uhr.

Republikanischer Führerbund. Ortsgruppe Neudamm. Freitag, 7 Uhr, Versammlung im Deutschen Wirtschaftszentrum, Neudamm. Besondere werden dort entgegen genommen. — Bund entschiedener Schulreformer. Besondere Versammlung Sonnabend, 7 Uhr, Albrechtstr. 20.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglich. 8 Uhr lebhafte Kartoffeln 300 Gramm geschälte Ackerbohnen oder 200 Gramm Waldmeißel oder Pfloden (20a).

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Morgen, 13. Mai:

Steglich. 8 Uhr bei Müller, Albrechtstr. 22, Sitzung des engeren Vorstandes, der Bezirksführer, Vorsitzenden der Ausschüsse und des gesamten Agitationsauschusses.

Jugendveranstaltungen.

Am Stimmabgabestage läßt sich die Groß-Berliner Kolleginnen einer Wanderung der Abteilung Niederlagenecke nach Wildau, Königsmutterhausen an. Treffpunkt 7 Uhr am Hauptbahnhof des Adreier Bahnhofs. Fahrt bis Wildau. Der Treffpunkt 9—10 Uhr am Bahnhofs. Der Zug geht 7.00 Uhr früh. Wegen des Unbrauchs am Schalter ist frühes Erscheinen notwendig.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandsstag der Bauarbeiter.

Dritter Verhandlungstag.

Karlstraße, 10. Mai.

Heute beginnt die Aussprache über den gesamten Vorstandsbericht. Wie Karl das Redebedürfnis ist, zeigt der Umstand, daß schon bei der Eröffnung 25 Namen auf der Rednerliste verzeichnet sind, abgesehen die Delegierten, die mit dem Vorstandsbericht einberufen sind, in der Wortmeldung ziemlich Zurückhaltung üben. Aus den Darlegungen der Diskussionsredner, die mit der Vorstandspolitik einverstanden sind, ist folgendes bemerkenswert: einheitlich geht der Zug durch alle Ausführungen, den Wünschen der Opposition entgegenzukommen. Der Arbeitsgemeinschaft solle der Vorstand nicht allzuviel Rechnung tragen, sonst klingt es wie ein Eintritt für die Interessen des Kapitals.

Mit Befremden wird konstatiert, daß die Kostenbelieferung für die Rohstoffgewinnung so tiefmütterlich behandelt wird, es werden gemeinsame Schritte in dieser Frage gewünscht.

Natürlich spielt auch in den Geschäftsberichten schon die Auffassung über den zentralen Tarifvertrag hinein. Scharf wird betont, daß heute der zentrale Abschluß der einzig mögliche Ausweg ist aus dem Wirrwarr der Zeit. Die Schreibweise des „Grundstein“ findet weniger Kritik, als man anfangs annehmen durfte.

Die Ausführungen Branders finden wenig Gegenliebe; es wird auf Ungarn verwiesen, auf den Zusammenhang zwischen der großen Arbeitslosigkeit und der Mißstimmung unter den Kollegen, die daraus entspringt.

Mit eindringlichen Worten weisen die Redner der Vorstandspolitik darauf hin, daß die politische Herpflitterung nicht in die Gewerkschaft hineingetragen werden darf. Es würde zwar gesagt, wir wollen die Herpflitterung nicht, aber das ist anfangs in der Partei auch gesagt worden, bis der Bruch da war.

Tiefen Eindruck macht auch die Rede des Danziger Vertreters, der die Schwierigkeiten unter dem neuen Regime schildert und warm für die Vorstandspolitik eintritt.

Einen ganz anderen Standpunkt nehmen Keller-Düsseldorf, Göhe-Bremen, Wenschel-Merfelden, Kaiser-Berlin ein. Diese stellen sich rückwärts hinter die Rede Branders. Sie werfen dem Vorstand niedrige Kampfweise vor und sprechen aus, daß es dem Vorstand anständig darauf ankomme, die Opposition aus dem Verband zu drängen. Diese Redner stellen sich geschlossen hinter den Bremer Verein, die sachlich im Recht sei, der Vorstand habe nur das Statut auf seiner Seite, nicht die Stimmung der Kollegenschaft.

Nr. 13 und 25 andere Kollegen bringen folgende Resolution ein:

„Der Deutsche Bauarbeiterverband ist entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses Parteipolitisch neutral.“

Allen Mitgliedern des Verbandes steht es frei, einer Partei anzugehören, die ihrer politischen Überzeugung entspricht. Beim Verbandsaustritt darf wegen seiner politischen Überzeugung oder wegen politischer Handlungen ausgeschlossen oder sonstige benachteiligt werden.

Der Verbandsstag spricht aus, daß es wider die Neutralität verstößt, wenn Gelder des Verbandes oder Mittel, die im Namen des Verbandes aufgebracht werden, politischen Parteien überwiesen werden.

Weiter steht der Verbandsstag auf dem Standpunkt, daß bei Befragung von Posten oder bei Wahlen innerhalb des Verbandes nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten ausgegangen werden darf.“

